

Sitzung auf Etappen

GEMEINDERAT / Laa will durch Umschuldung 100.000 Euro sparen. Gemeinderat brauchte für Beschluss zwei Sitzungen.

LAA / Zu einer der kürzesten Gemeinderatssitzungen kam es vergangenen Dienstag in Laa.

ÖVP und SPÖ wollten ihre geplanten Umschuldungsmaßnahmen umsetzen und zwar so schnell wie möglich, bevor mit Anfang März ein neues Verrechnungsquartal beginnt. Doch die Verhandlungen mit den Banken hätten sich hingezogen. Also kam man in Zeitnot.

Ein Wegfall des Zinskorridors hätte Zinsen nach unten angepasst. Dadurch erwartet sich die Stadt eine Ersparnis von 100.000 Euro. Würde man das erste Quartal verpassen, verliere man die ersten 25.000 Euro. Außerdem wollte man so schnell wie möglich das Angebot der Banken annehmen, auf einen Teil der Tilgung zu verzichten. So wäre im heurigen Jahr Geld übrig geblieben, um wichtige Investitionen auszuführen, für die man sonst wieder Kredite aufnehmen müsste. Im Endeffekt sollen so 500.000 Euro Schulden abgebaut werden, erklärt Finanzstadtrat Roman Neigenfind.

Um rechtzeitig fertig zu werden, sollten Vorstandssitzung und Gemeinderatsitzung unmittelbar hintereinander durchge-

führt werden, obwohl laut Gemeindeordnung ein Abstand von fünf Tagen notwendig ist. Wo kein Kläger, da kein Richter, dachten sich ÖVP und SPÖ und verließen sich auf eine kooperative Opposition. Doch die nutzte die Eröffnung mit einer ausformulierten Dringlichkeitsanfrage: Die Sitzung müsse verschoben werden, da die Gemeindeordnung verletzt sei, ansonsten seien alle an diesem Tag gefällten Beschlüsse hinfällig. Nach einer Unterbrechung hob Bürgermeister Fass die Sitzung auf.

Sitzungswiederholung nach genau fünf Tagen

„Obwohl die Sitzung korrekt gewesen wäre, falls sich alle Parteien einig sind und es zum Wohle der Gemeinde schnell gehen muss.“ Mit dieser Erklärung eröffnete Bürgermeister Fass die Wiederholung der Sitzung fünf Tage später, am letzten Februartag. Dem nun folgenden Antrag von Finanzstadtrat Neigenfind, den Zinskorridor nach unten auszusetzen, dafür die Laufzeit des Swap um sieben Jahre bis 2027 zu verlängern, löste bei der Opposition helle Empörung aus. ProLAA Stadtrat Thomas Stenit-

zer erinnerte sich, 2004 nur einem vierjährigen Vertrag zugestimmt, und 2006 überhaupt den Ausstieg empfohlen zu haben. Neigenfind zeigte daraufhin einen Vertrag aus 2006, bei dem eine 20-jährige SWAP-Bindung beschlossen worden war. Genau diesen Vertrag hatte die Opposition aber in ihren Unterlagen vermisst und fühlte sich ausgegrenzt. Gemeinderat Julius Markl warnte vor Verpflichtungen, die Kinder und Enkel zurückzahlen hätten. SPÖ-Stadtrat Reinhard Neumayer konterte, dass Markl und Stenitzer als ÖVP-Gemeinderäte selbst Darlehensaufnahmen von rund 30 Millionen Euro zugestimmt hätten.

Ein Antrag von Vizebürgermeisterin Brigitte Ribisch würgte das Hickhack ab, die Änderung des Zinskorridors wurde nur mit den Stimmen von ÖVP und SPÖ beschlossen. Im zweiten Punkt beantragte Neigenfind die Zahlungsaussetzung dreier Kredite, was eine Laufzeitverlängerung beziehungsweise eine Zinserhöhung von rund 0,25 Prozent zur Folge hat. Auch dieser Antrag wurde nach heftigen Diskussion nur mit den Stimmen der ÖVP-SPÖ Koalition angenommen.